

An
die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
die Parlamentsdirektion
den Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
den Verfassungsgerichtshof
den Verwaltungsgerichtshof
alle Bundesministerien
das Büro von Herrn Vizekanzler Mag. MOLTERER
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. MATZNETTER
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. LOPATKA
das Büro von Frau Staatssekretärin SILHAVY
das Büro von Frau Staatssekretärin KRANZL
das Büro von Herrn Staatssekretär WINKLER
- alle Sektionen des Bundeskanzleramtes
alle Abteilungen des Verfassungsdienstes
die Bundes-Gleichbehandlungskommission beim Bundesministerium für Gesundheit
und Frauen
die Geschäftsführung des Bundessenorenbeirates beim Bundesministerium für
Soziales und Konsumentenschutz
den Datenschutzrat
die IKT-Stabsstelle beim Bundeskanzleramt
die Österreichische Post AG
die Telekom Austria AG
alle Ämter der Landesregierungen
die Verbindungsstelle der Bundesländer
den Österreichischen Gemeindebund
den Österreichischen Städtebund
die Wirtschaftskammer Österreich
die Bundesarbeitskammer
die Landwirtschaftskammer Österreich
den Österreichischen Landarbeiterkammertag
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
- die Österreichische Notariatskammer
die Österreichische Patentanwaltskammer
die Österreichische Ärztekammer
die Österreichische Apothekerkammer
die Kammer der Wirtschaftstreuhänder
die Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg
das Institut für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Wien
das Institut für Wirtschaft, Politik und Recht der Universität für Bodenkultur Wien
das Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Wirtschaftsuniversität Wien
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz



das Institut für Rechtswissenschaften der Universität Klagenfurt
das Institut für Europarecht der Universität Wien
das Forschungsinstitut für Europarecht der Universität Graz
das Zentrum für Europäisches Recht der Universität Innsbruck
das Forschungsinstitut für Europarecht der Universität Salzburg
das Forschungsinstitut für Europafragen der Wirtschaftsuniversität Wien
das Forschungsinstitut für Europarecht der Universität Linz
die Österreichische Rektorenkonferenz
die Bundeskonferenz der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren
das Österreichische Institut für Rechtspolitik
die Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
die Österreichische Juristenkommission
das Österreichische Normungsinstitut
die Vereinigung der Österreichischen Industrie
den Österreichischen Gewerkschaftsbund
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
- die Bundessektion Richter und Staatsanwälte der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
die Vereinigung Österreichischer Richter
den Obersten Gerichtshof
die Bundeswettbewerbsbehörde
den Verband Österreichischer Zeitungen
den Hauptverband der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe Österreichs
den Verband der Elektrizitätswerke Österreichs
den Österreichischen Verband der Internet Service Provider
den Handelsverband – Verband österreichischer Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels
den Österreichischen Verband der Markenartikelindustrie
die Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Österreichs (VIBÖ)
den Vorsitzenden der Wettbewerbskommission Dr. Klaus Wejwoda
Schutzverband gegen unlauteren Wettbewerb

Name/Durchwahl:
Mag. Meisenbichler/5932
Geschäftszahl:
BMW A-56.121/0001-C1/4/2007

-
Antwortschreiben bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail-Adresse
post@c14.bmwa.gv.at richten.

UWG – Novelle 2007; Aussendung zur Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wett-



bewerb 1984 (UWG) geändert werden soll. Dieser Entwurf ist auch auf der Website des Ressorts unter www.bmwa.gv.at/BMWA/Rechtsvorschriften/Entwuerfe abrufbar. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ersucht um allfällige Stellungnahmen zum gegenständlichen Entwurf bis längstens

7. Mai 2007

an die E-Mail-Adresse: post@c14.bmwa.gv.at

Sollte bis zum oben angegebenen Zeitpunkt im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit keine Stellungnahme eingelangen, so darf angenommen werden, dass gegen den vorliegenden Entwurf keine Einwendungen erhoben werden.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahmen dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeiten hiezu – im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen
Wien, am 02.04.2007
Für den Bundesminister:
i.V. Mag.Dr.iur. Walter Fuchs

Elektronisch gefertigt.

